

Berlin - Do 01. Dez 05

Rede von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble in der Aussprache zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

Plenarprotokoll 16/4 der 4. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. November 2005
Der Präsident erteilt das Wort dem Bundesminister des Innern, Herrn Dr. Wolfgang Schäuble.

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Entführung von Susanne Osthoff, die heute Morgen von der Frau Bundeskanzlerin und allen Fraktionsvorsitzenden bereits in angemessener Weise angesprochen worden ist, hat uns in Erinnerung gerufen, dass die Bedrohung durch den **internationalen Terrorismus** uns alle betrifft. Ich glaube nicht, dass dies eine neue Bedrohungslage ist. Ich glaube, es ist vielleicht nur eine neue Wahrnehmung, die klar macht, dass wir alles tun müssen, um den Gefahren zu wehren.

Wir haben immer gesagt – das gilt auch heute –: Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit. Das möchte ich gerne am Anfang meiner Amtszeit sagen. Das heißt aber nicht, dass wir nicht das menschenmögliche Maß an Sicherheit gewährleisten wollen. Wir haben miteinander verabredet, dass wir uns damit alle Mühe geben, und dem sind wir – vermutlich über alle Fraktionsgrenzen hinweg – verpflichtet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Einzelfall wird es immer schwierige Abwägungssituationen geben; darüber haben wir gesprochen. Es muss auch klar sein, dass wir nicht nur die Sicherheit unseres Landes und unserer Bürger und Bürgerinnen verteidigen, sondern auch die Sicherheit der Gewährleistung unserer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Verfassung. Das ist kein Gegensatz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vielmehr bedingt das eine das andere: Es gibt keine Sicherheit ohne Freiheitsrechte und keine Freiheitsrechte ohne Sicherheit. Dass dies so ist, muss bei der **Abwägung** immer klar sein.

Manchmal haben wir in Deutschland eine gewisse Neigung zur Erregungskultur.

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: „Manchmal“ ist gut!)

Mir hat in der vergangenen Woche am Rande unserer ersten Bundestagssitzung der Kollege von Stetten von dem Fall berichtet, dass ein Parkplatzwächter auf einem Autobahnparkplatz zu Tode gekommen ist und die Strafverfolgungsbehörden wegen Mordverdachts ermitteln. Ob die **Daten**, die die Einrichtungen zur Erfassung der **LKW-Maut** liefern, geeignet wären, den Täter zu fassen, weiß kein Mensch. Aber die Strafverfolgungsbehörden sind gehindert, überhaupt zu prüfen, ob diese Daten einen Hinweis auf den Täter liefern können.

(Zuruf von der Linken: Das ist gut so!)

Deswegen habe ich mit dem Kollegen Tiefensee und mit der Kollegin Zypries darüber gesprochen. Wir hatten übrigens auch in den Koalitionsgesprächen, Herr Kollege Körper, schon besprochen, dass wir in einem solchen Fall die **Voraussetzungen**, unter denen dies gesetzlich geändert werden muss, genau prüfen werden. Es muss geändert werden. Es kann nicht wahr sein, dass dieser Staat Daten erhebt, die wir nicht nutzen dürfen, um notfalls einen Mord aufzuklären.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Die Voraussetzungen dafür kann man diskutieren. Aber es kann nicht so sein, dass wir in einem solchen Fall – wo der Staat Daten erhebt, um von den LKW-Fahrern Mautgebühren zu kassieren – gehindert sind, sie zu nutzen, um einen Mord aufzuklären oder zu verhindern. Lassen Sie uns über die Einzelheiten, über die Voraussetzungen und über die Abgrenzungen genau reden, aber lassen Sie uns um Himmels willen nicht bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern den Eindruck erwecken, wir würden uns künstlich blind machen. Ich sage auch gleich: Das muss nicht nur für die Aufklärung schwerer oder schwerster Straftaten gelten, sondern das muss – unter zu definierenden Voraussetzungen – auch für die Verhinderung schwerster Straftaten und damit von Terrorismus gelten.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da lassen Sie die Katze aus dem Sack! Präventiv wollen Sie es einsetzen!)

– Ich finde es sehr schön, dass Sie sagen: „Sie lassen die Katze aus dem Sack“. Ich rede über das Thema in der Tat im Zusammenhang mit der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. Ich möchte, dass wir das Menschenmögliche tun, um schlimme Anschläge, die uns wie auch allen anderen drohen, zu verhindern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verhältnismäßigkeit!)

– Auch nach den Regeln der Verhältnismäßigkeit. Ich finde, was in London, was in Madrid und was in New York passiert ist, sprengt alle Grenzen der Verhältnismäßigkeit. Deswegen möchte ich so etwas gerne im Rahmen unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen Verfassung verhindern. Ich bitte Sie um Ihr Mitwirken und nicht um Ihre mich eher weniger überzeugende Art von Blockade. Man muss schon darüber reden können. Das ist ein wichtiger Punkt.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das sind Abwägungsfragen!)

– Das sind Abwägungsfragen, aber man darf nicht von vornherein sagen: Das kommt überhaupt nicht in Frage. Man darf auch nicht denjenigen, der sich die Mühe macht, darüber nachzudenken, wie man Sicherheit optimieren kann, ohne Freiheitsrechte zu gefährden, von vornherein in eine Tabuecke drängen. Ich sage Ihnen vorweg: Das wird Ihnen mit mir nicht gelingen.

Sie müssen auf der anderen Seite wissen: Ich werde immer wieder Ihre Verantwortung, also die Verantwortung dieses Gesetzgebers, einfordern. Wir müssen das Menschenmögliche tun – im Rahmen unserer freiheitlichen Verfassung –, um unsere Bürger zu schützen. Wenn wir uns

einig sind, dass es keinen Widerstreit von Freiheit und Sicherheit gibt, dann muss das in beide Richtungen gelten. Deswegen sind wir in dieser Verantwortung. Ich möchte auch nicht darauf warten, dass ein großer Anschlag passiert und wir erst dann die Gesetze ändern. Ich möchte lieber vorher getan haben, was wir tun können, damit so ein Anschlag nicht passiert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Wiefelspütz?

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:

Bitte sehr.

Dr. Dieter Wiefelspütz (SPD):

Herr Minister Schäuble, ich habe mich in der Vorbereitung auf die heutige Debatte einmal in den Gesetzen umgeschaut, die wir – wie ich höre, sogar gemeinsam – verabschiedet haben. In dem **Autobahnmautgesetz** heißt es in § 4 Abs. 2 – die letzten beiden Sätze – wörtlich:

Diese Daten dürfen ausschließlich für die Zwecke dieses Gesetzes verarbeitet und genutzt werden. Eine Übermittlung, Nutzung oder Beschlagnahme dieser Daten nach anderen Rechtsvorschriften ist unzulässig.

Herr Minister, ich halte diese Vorschrift, die wir gemeinsam verabschiedet haben, in der Abwägung der in Rede stehenden Rechtsgüter – beispielsweise im Hinblick auf terroristische Straftaten oder Mord – für verfassungswidrig. Sind Sie da anderer Auffassung als ich? Ich halte die Norm in dieser Totalität, in dieser Rigidität für nicht in Übereinstimmung mit unserem Grundgesetz und bin der Auffassung, dass das dringend – über den Umfang muss man sprechen – verändert werden muss. Ich würde Sie bitten, einmal Ihre Rechtsauffassung dazu, wenn Sie wollen, zu äußern. Ich halte diese Norm für verfassungswidrig.

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:

Ich werde jetzt nicht dem letzten Deutschen Bundestag in meiner ersten Rede als Bundesinnenminister eine verfassungswidrige Gesetzgebung bescheinigen;

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

dafür ist das Bundesverfassungsgericht zuständig. Aber, Herr Kollege Wiefelspütz, wir stimmen überein: Die Norm ist in jedem Fall falsch; deswegen müssen wir sie ändern. Das ist es, was ich gerne möchte. Deswegen ist die Erregung – wo immer sie entstanden ist – auch völlig unangebracht.

Lassen Sie mich weiter anmerken: Ich glaube, zur Vorsorge gehört auch, dass wir im Bereich des **Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes** unsere Bemühungen effektivieren. Wir haben das auch ein Stück weit in der Föderalismuskommission, also in der Diskussion zur Reform des Föderalismus beraten. Ich glaube, das ist ein wichtiges Thema.

Ich will die Gelegenheit nutzen, unzuständigerweise zu sagen: Wir sind eigentlich immer so unterrichtet gewesen, dass wir uns, was die Sicherheit der **Energieversorgung** betrifft, keine Sorgen über tagelange Stromunterbrechungen, die ja unter Umständen für den Zivil- und Bevölkerungsschutz relevant sein können, machen müssen, wie es etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika der Fall ist. Ich hätte gern, dass wir diese Zuversicht auch in der Zukunft haben. Die Erfahrungen der letzten Tage waren nicht ganz so gut. Daraus müssen ein paar Konsequenzen gezogen werden.

Meine zweite Bemerkung, die ich machen möchte, lautet: Neben der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist die Bewältigung der Veränderung der modernen Welt durch **Migration** eine der großen Herausforderungen. Das gilt in zweierlei Richtungen. Auch in diesem Bereich haben wir in den letzten Wochen in den anderen europäischen Ländern in die eine oder in die andere Richtung bedrückende Erfahrungen gemacht. Die Spanier und auch die Franzosen mussten hier Erfahrungen machen. Wir in Deutschland kennen die Debatte seit vielen Jahren. Die ist so alt, dass ich sie als Innenminister schon einmal mitgemacht habe.

Ich bin ganz überzeugt, dass wir auch da beide Elemente bedenken und berücksichtigen müssen. Wir werden Zuwanderung nicht, wie es im Zuwanderungsgesetz heißt, steuern und begrenzen können, wenn wir Fluchtursachen nicht erfolgreicher bekämpfen. Da muss es eine Gesamtverantwortung der Regierung geben. Wir haben in unserer Koalitionsvereinbarung festgehalten, dass wir alle in diesem Bereich noch mehr tun müssen, insbesondere in Afrika, aber nicht nur.

Aber wir werden die notwendige Offenheit und Toleranz in unserer Gesellschaft, die ja Voraussetzung dafür ist, dass wir Zuwanderung als Bereicherung empfinden können und nicht als Bedrohung empfinden müssen, nur aufrechterhalten, wenn es uns gelingt, die Menschen davon zu überzeugen, dass wir zur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung in der Lage sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Beides gehört zusammen. Dazu gehört auch **Integration**. Wir sind kein dünn besiedeltes Land, in dem sich Parallelgesellschaften bilden können. Wir sind auf Kommunikation angewiesen und müssen die Entstehung von Parallelgesellschaften vermeiden.

Wir haben übrigens im Gegensatz zu Frankreich, wo wenigstens fast alle Französisch sprechen, oder im Gegensatz zu Großbritannien, wo alle Englisch sprechen, in Deutschland das Problem, dass wir nicht einmal dieselbe **Sprache** sprechen. Wir müssen darauf bestehen, dass, wer auf Dauer in Deutschland lebt, in der Lage ist, mit den anderen, die auf Dauer in Deutschland leben, kommunizieren kann, weil sonst nicht die Gemeinschaft entsteht, von der die Frau Bundeskanzlerin heute Morgen und auch der Herr SPD-Vorsitzende zu Recht gesprochen haben.

Gemeinsamkeit fängt damit an, dass man miteinander kommunizieren kann, setzt Sprache voraus. Das heißt übrigens auch, dass wir staatlicherseits – Gemeinden, Länder und der Bund – helfen müssen, Sprache zu lernen. Das heißt aber auch, dass wir zuvor den Eltern sagen: Ihr habt zunächst eine Verantwortung dafür, dass eure Kinder die Sprache lernen. Denn die Eltern haben eine Verantwortung und jedes Kind, auch ausländischer Abstammung, hat einen Vater und eine Mutter. Die haben die prioritäre Verantwortung. Diese muss eingefordert werden.

Integration ist eine Zweibahnstraße. Sie setzt Bemühungen und Offenheit derjenigen voraus,

die dauernd hier leben, aber auch die Bereitschaft derjenigen, die zu uns gekommen sind – oder deren Eltern oder Großeltern –, um mit uns zusammenzuleben. Dafür müssen wir arbeiten. Das ist eine zentrale Aufgabe dieser Bundesregierung, was nicht zuletzt dadurch zum Ausdruck gebracht werden soll und gebracht wird, dass die Beauftragte für die Integration als Staatsministerin im Kanzleramt angesiedelt ist. Ich bitte da um Mitwirkung.

Aber ich sage noch einmal: Es wird nur gelingen, wenn wir die **Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung** leisten. Das macht sich dann im Einzelfall bemerkbar. Wir haben in einer schwierigen Debatte über die Frage von Bleiberechten derjenigen, die irgendwann einmal illegal hierher gekommen sind, gesprochen. Auch da sind es Abwägungsfragen. Man weiß, dass, wenn diese Menschen oder deren Kinder hier schon lange leben, man irgendwann einen Punkt erreicht, an dem eine Ausweisung keinen Sinn mehr macht.

(Beifall des Abg. Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD])

Man weiß aber auch, dass viele derjenigen, über die wir reden, irgendwann einmal illegal hierher gekommen sind. Im Zweifel befördert man also das Geschäft derjenigen, die sie illegal hierher verbracht haben – das nennt man organisierte Kriminalität – was man nicht darf.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen bitte ich auch in diesem Sinne darum, dass wir miteinander die beste Lösung erreichen, aber uns die Sache nicht zu leicht machen.

Meine dritte Bemerkung – das ist eine zentrale Aufgabe für uns – ist: Wir müssen unseren staatlichen Aufbau, unsere Verfahrensweisen und die Bürokratie verschlanken, nicht nur aufgrund der Wirkung auf die Wirtschaft – dieser Bereich ist im Kanzleramt angesiedelt –, sondern auch zur weiteren Optimierung der **Verwaltungs- und Verfahrensabläufe**.

Dazu gehört auch in Zukunft ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst. Deswegen bekenne ich mich dazu, dass auch der öffentliche Dienst, wie wir es in der Koalitionsvereinbarung verabredet haben, seinen Beitrag dazu leisten muss. Der Innenminister wird seine Verantwortung dafür als Teil der Bundesregierung wahrnehmen, um seinen Beitrag zur notwendigen Sanierung der Haushalte im Sinne einer nachhaltigen Generationengerechtigkeit – denn darum geht es – zu leisten. Über die Einzelheiten werden wir uns verständigen. Deswegen bitte ich Sie auch hier, sowohl die zu frühzeitige bzw. vorzeitige Erregung als auch die Phantasie, was alles nicht sein darf, ein bisschen zurückzustellen.

(Beifall des Abg. Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD] – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Lassen Sie uns dieses Thema in Ruhe und in Verantwortung miteinander angehen.

Ich bin überzeugt, dass wir die Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst von der Notwendigkeit überzeugen werden und dass wir das gemeinsam mit den Beschäftigten – den Beamten, Arbeitern und Angestellten – schaffen, wenn wir auf vernünftige Weise vorgehen. Denn wir alle, auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, haben eine Verantwortung gegenüber dem Souverän dieses Landes. Ich bin ja nicht nur für den öffentlichen Dienst da. Vielmehr haben wir zusammen mit den dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Verantwortung für die Bürgerinnen und

Bürger dieses Landes.

Damit ich nicht nur von Sorgen spreche, sage ich: Auch der **Sport** gehört zum Ressort des Bundesinnenministers; das freut mich. Ich füge hinzu: Mein Verständnis, was den Sport betrifft, reduziert sich, obwohl auch ich fußballbegeistert bin, nicht auf Fußball. In Turin finden die Olympischen Winterspiele statt; auch darauf sollten wir uns freuen. Es gibt im Sport eine große Vielfalt, die wir erhalten wollen. Aber natürlich ist die **Fußballweltmeisterschaft** ein Ereignis, das uns, was die Sicherheit betrifft, vor große Herausforderungen stellt. Die Vorbereitungen sind auf einem guten Weg. Wir hoffen, dass wir wunderbare Fußballspiele mit einer möglichst erfolgreichen deutschen Fußballmannschaft erleben werden.

(Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Was heißt hier „möglichst“?)

– Ich habe meine Meinung ja schon gesagt: dass ich am liebsten hoffe.

(Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Sie sind verantwortlich dafür! – Wolfgang Bosbach [CDU/CSU]: Aber nur, wenn es gut geht! – Clemens Binniger [CDU/CSU]: Genau! Wenn es schief geht, sind es die Grünen! – Fritz Rudolf Körper [SPD]: Ach so! Nur, wenn es gut geht! – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

– Ich habe meine Redezeit schon überzogen; dafür bitte ich um Nachsicht.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind wir von Innenministern mehr als gewohnt! – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Ach, beim Fußball gibt es doch auch die Verlängerung! – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Nun möchte ich zu meiner letzten Bemerkung kommen.

Ich glaube, das Allerwichtigste aus der Sicht der Bundesregierung und damit auch aus der Sicht des Bundesinnenministers ist, dass wir dieses Ereignis, das Milliarden Menschen in der Welt verfolgen, als Chance nutzen, unser Land als das darzustellen, was es ist: als ein Land, das in der Lage ist, ein solches Ereignis gut zu organisieren. Bei dieser Gelegenheit können wir Milliarden Menschen zeigen, dass Deutschland ein schönes Land ist, in dem es sich zu leben lohnt und für das es sich zu arbeiten lohnt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP])